

Wolfgang Sander

Macht als Basiskonzept politischer Bildung

„Macht“ als Basiskonzept

„Macht scheint so etwas wie ein Grundstoff zu sein, der alles politische Handeln begleitet.“¹ So liegt es nahe, dass Macht auch als „Fundamentalbegriff der Sozialwissenschaften“ bezeichnet werden kann, „vergleichbar der Bedeutung des Begriffs Energie in der Physik“². Zugleich aber gilt: „Die Bedeutung des Begriffs ‚Macht‘ in der Politischen Theorie ist sehr unterschiedlich und vielschichtig, sodass sich in der Geschichte der Politischen Ideen bisher keine maßgebliche Theorie der Macht hat durchsetzen können.“³

**Fundamen-
taler Begriff
„Macht“**

Aus diesen drei Zitaten ergibt sich, warum Macht ein Basiskonzept politischer Bildung ist: Der Begriff bezeichnet einen fundamentalen Aspekt, ohne den die soziale Wirklichkeit von Politik nicht zu verstehen ist; er ist deshalb ein intensiv bearbeiteter Gegenstand sozialwissenschaftlichen Denkens; aber entsprechend dem Theorienpluralismus der Sozialwissenschaften, die wie alle anderen Geistes-, Kultur- oder Humanwissenschaften keine Standardtheorie kennen, kann er unterschiedlich wissenschaftlich interpretiert werden. Es gibt deshalb nicht einfach ein „richtiges“ wissenschaftliches Verständnis von Macht, das Schülerinnen und Schüler zu übernehmen hätten, sondern zahlreiche wissenschaftlich vertretbare Ansätze; das Wissen über Macht ist aber nicht einfach bloße Meinung, sondern kann unterschiedlich gut oder schlecht begründet sein. Politische Bildung hat dabei die Aufgabe, die Vorstellungen der Schülerinnen und Schüler über Macht in der Politik so zu differenzieren und komplexer zu gestalten, dass sie vor dem Hintergrund sozialwissenschaftlichen Wissens über Macht vertretbar werden.

**Soziale
Wirklichkeit
von Politik**

Die Schwierigkeiten bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Macht rühren nicht zuletzt daher, dass Macht „nichts Gegenständliches, unmittelbares Sichtbares /.../, sondern eine im relationalen Sinne weitgehend unsichtbare Eigenschaft sozialer Beziehungen [ist]. Macht hat niemand für sich allein, sie existiert nur in Verbindung mit und zu anderen Menschen, weil Macht stets ein soziales Verhältnis bezeichnet.“⁴ Mit dieser „Unsichtbarkeit“ steht Macht auch prototypisch für eine besondere didaktische Schwierigkeit politischer Bildung, deren Gegenstände häufig insofern abstrakt sind, als sie den menschlichen Sinnen nicht unmittelbar zugänglich sind, auch wenn ihre Wirkungen im Leben der Einzelnen sehr konkret sein können.

**Die Unsicht-
barkeit der
Macht**

Wegen dieser Beziehungsgebundenheit von Macht hat sich eine Art Arbeitsdefinition dieses Begriffs durchgesetzt, die von Max Weber stammt und unterschiedliche theoretische Erklärungen von Macht zulässt: „Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht.“⁵ Macht ist hiernach nicht alleine ein politisches Phänomen, sondern kann in allen sozialen Beziehungen auftreten. Da jedoch Politik mit unterschiedlichen Interessen zu tun hat und auf verbindliche Entscheidungen und Regelungen zielt, ist sie ohne Macht nicht denkbar. Politik gibt es überhaupt nur wegen dieses Entschei-

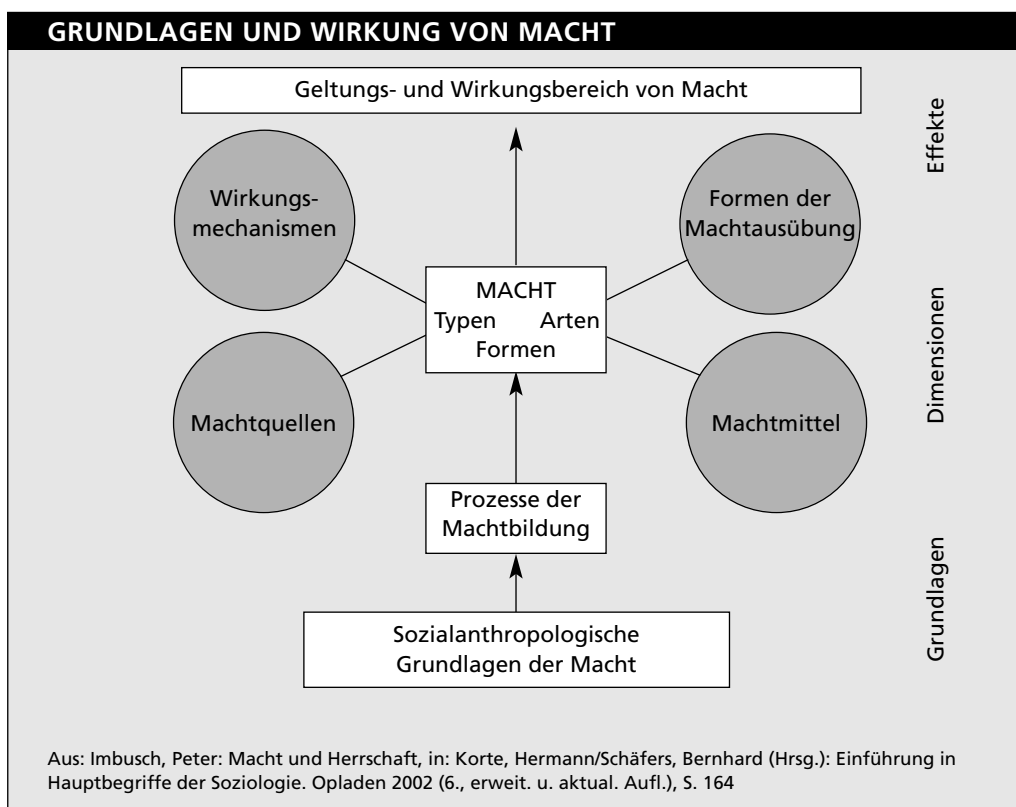
**Die Chance,
den eigenen
Willen durch-
zusetzen**

**Politik Aus-
druck des
sozialen
Regelungs-
bedarfs**

dungs- und Regelungsbedarfs, der aus unterschiedlichen und vielfach gegensätzlichen Vorstellungen von Menschen über das gesellschaftliche Zusammenleben erwächst. Auch wenn solche Entscheidungen in der Praxis vielfach auf Kompromiss und Interessenausgleich beruhen, spielen in diesen Aushandlungsprozessen Machtfragen eine wichtige Rolle und muss die Durchsetzung von Ergebnissen mit Machtmitteln garantiert werden können. Arnold Gehlen formulierte diese fundamentale Bedeutung von Macht für die Politik so: „Man muss sich klar sein, dass die Predigt der Machtlosigkeit /.../ eine unwiderstehliche Form der Machtausübung sein kann, wie das Beispiel Gandhis zeigt. /.../ Es beweist ja doch die breiteste Erfahrung, dass noch kaum je eine lohnende Sache in dieser Welt von selbst zum Zuge kam, und ohne die Überwindung des Widerstandes anderer Sachen, hinter denen auch Personen standen, die sie vertraten.“⁶

**Macht
braucht
Legitimation
und
Kontrolle**

Dennoch hat Macht in der Öffentlichkeit vielfach einen schlechten Ruf. Dieser zeigt sich zum Beispiel in dem Ressentiment, einer Person, Gruppe oder Partei gehe es doch nur um die Macht und nicht um die „Sache“. Politikerinnen und Politiker reagieren darauf nicht selten mit der Beteuerung, es gehe ihnen doch allenfalls um „Einfluss“ oder „Gestaltung“. Aber: „In der Politik ist jede Sache jemandes Sache.“⁷ So gehören zwar die Kontrolle von Macht, insbesondere durch Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, Grundrechte und Opposition, sowie die notwendige Legitimation von politischer Macht durch (Wahl-)Entscheidungen der Bevölkerung zu den Grundsätzen moderner demokratischer Verfassungsstaaten. Aber Macht verschwindet dadurch nicht aus der Politik, sie wird nur anders verteilt als in autoritären Systemen.



Macht kann in den Sozialwissenschaften unter ganz unterschiedlichen Fragestellungen und mit verschiedenen Methoden erforscht werden. Die Grafik zeigt die wichtigsten Forschungsfelder, zu denen jeweils eine große Zahl von Untersuchungen möglich ist – beispielsweise bei „Formen der Machtausübung“ Untersuchungen zum Regierungsstil oder zu informellen Entscheidungswegen in einer Partei.

Die Gründe für diese Streuung, Teilung und Kontrolle von Macht in Demokratien ebenso wie für die Unausweichlichkeit von Macht in der Politik zu erschließen, gehört zu den zentralen Aufgaben politischer Bildung im Bereich des Wissens. Darüber hinaus sollte politische Bildung anhand von geeigneten Beispielen differente sozialwissenschaftliche und politiktheoretische Zugänge zum Phänomen der Macht bekannt machen. Die Abbildung „Grundlagen und Wirkung von Macht“ zeigt in einer schematischen Übersicht die Vielfalt wissenschaftlicher Fragerichtungen in der Auseinandersetzung mit Macht.

**Begründung
zur Macht-
ausübung**

Mit der Vielfalt der Perspektiven, unter denen Macht betrachtet werden kann, korrespondiert eine Vielzahl an Ansätzen zum Verständnis von Macht in der Geschichte der politischen Theorie. Sie lassen sich unter anderem nach normativen (z.B. Aristoteles), „realistischen“, auf die Mittel der Machtausübung konzentrierten (z.B. Machiavelli), systemtheoretischen (z.B. Luhmann) oder poststrukturalistischen (z.B. Foucault) Gesichtspunkten unterscheiden.⁸ In der Praxis der schulischen politischen Bildung wird es im Regelfall weder möglich noch erforderlich sein, komplexe sozialwissenschaftliche Machttheorien ausführlich und vergleichend zu behandeln. Hingegen kann es sinnvoll und notwendig sein, von Fall zu Fall einzelne oder kontrastierend-kontroverse machttheoretische Positionen vertiefend zu erarbeiten, beispielsweise wenn dies zur Fundierung oder Kritik von in der Klasse schon vorhandenen Machtverständnissen als sinnvoll erscheint.

**Viele
Ansätze des
Machtver-
ständnisses**

Macht und Herrschaft

Herrschaft wird von Max Weber definiert als „die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“⁹. Herrschaft ist ein konstitutives Element jeder historisch bekannten politischen Ordnung. Sie ist „ein Spezialfall von Macht, die sich verdichtet, verfestigt und akkumuliert hat. Denn im Gegensatz zu Macht zeichnet sich Herrschaft durch eine gewisse Dauerhaftigkeit aus.“¹⁰ Im Bereich der Politik sind die Übergänge zwischen Macht und Herrschaft fließend, da politische Macht meist im Rahmen und mit den Mitteln einer gegebenen Herrschaftsordnung ausgeübt wird; also beispielsweise mithilfe der Befugnisse, die in einem politischen Amt zur Verfügung stehen. Allerdings ist Macht Voraussetzung für Herrschaft, somit der allgemeinere und daher als Basiskonzept politischer Bildung geeignetere Begriff.

**Herrschaft
konstituiert
auch
Ordnung**

Als institutionalisierte Machtausübung ist Herrschaft auf die Anerkennung durch die Beherrschten angewiesen, wenn sie auf längere Sicht Bestand haben soll. Zwar kann Herrschaft auch auf bloßer Gewalt beruhen, können sich politische Systeme zumindest für eine gewisse Zeit auch gegen den Willen einer Mehrheit der Beherrschten halten; allerdings wird man dies als Ausnahmesituation bezeichnen müssen. Im Regelfall beruht Herrschaft keineswegs alleine oder auch nur in erster Linie auf der Anwendung oder Androhung unmittelbarer Gewalt, sondern schafft wechselseitige Verpflichtungsverhältnisse zwischen Herrschenden und Beherrschten. Beispielsweise ist in modernen Rechtsstaaten die Pflicht zur Einhaltung von Gesetzen durch alle verbunden mit Ansprüchen der Individuen gegen den Staat.

**Auf Anerken-
nung durch
die
Beherrschten
angewiesen**

Im Allgemeinen gilt die „ausdrückliche oder stillschweigende Anerkennung der Beherrschten als notwendige Voraussetzung für stabile, auch mental verankerte“ Herrschaft.¹¹ *Legitimität* ist daher für den Bestand einer Herrschaftsordnung von zentraler Wichtigkeit. Weber unterscheidet zwischen drei historischen Typen von als legitim erachteter Herrschaft (siehe Kasten zu den Typen nach Max Weber idB).

**Legitimität
stützt
Herrschaft**

Moderne Demokratien gehören dem dritten Typus legitimer Herrschaft an. Damit ist zugleich gesagt, dass Demokratien selbstverständlich ebenfalls Herrschaftsordnungen

TYPEN VON LEGITIM ERACHTETER HERRSCHAFT NACH MAX WEBER

- ▶ *Traditionale* Herrschaft, die sich auf überlieferte und ererbte Regeln und Ordnungen beruft
- ▶ *Charismatische* Herrschaft, die auf dem Glauben an außergewöhnliche Fähigkeiten der Herrschenden basiert
- ▶ *Legale* Herrschaft, die auf rational nachvollziehbaren Verfahren der Rechtssetzung und transparenten, verlässlichen Regeln und Verhaltensweisen beruht sowie willkürliche Ausübung politischer Macht ausschließt

Zusammengestellt von Wolfgang Sander nach Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen 1976 (5. rev. Aufl.)

Demokratie: Herrschaft auf Zeit sind, in denen legal zustande gekommene Entscheidungen auch mit Machtmitteln durchgesetzt werden; die hier und da anzutreffende Vorstellung, „demokratisch“ sei jeweils das, was der eigenen Vorstellung entspricht oder wo man selbst seine Interessen unmittelbar hat zur Geltung bringen können, hat mit einem politisch reflektierten Verständnis von Demokratie wenig zu tun. Demokratie ist mit Herrschaft deshalb vereinbar, weil diese Herrschaftsform die politische und rechtliche Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger nicht aufhebt; politische Macht wird im Rahmen demokratischer Herrschaft nur auf Zeit ausgeübt, sie ist nicht an die Person, sondern an Ämter und Funktionen gebunden, die im Grundsatz allen offen stehen.

RÄUMLICHE STRUKTUR VON HERRSCHAFT



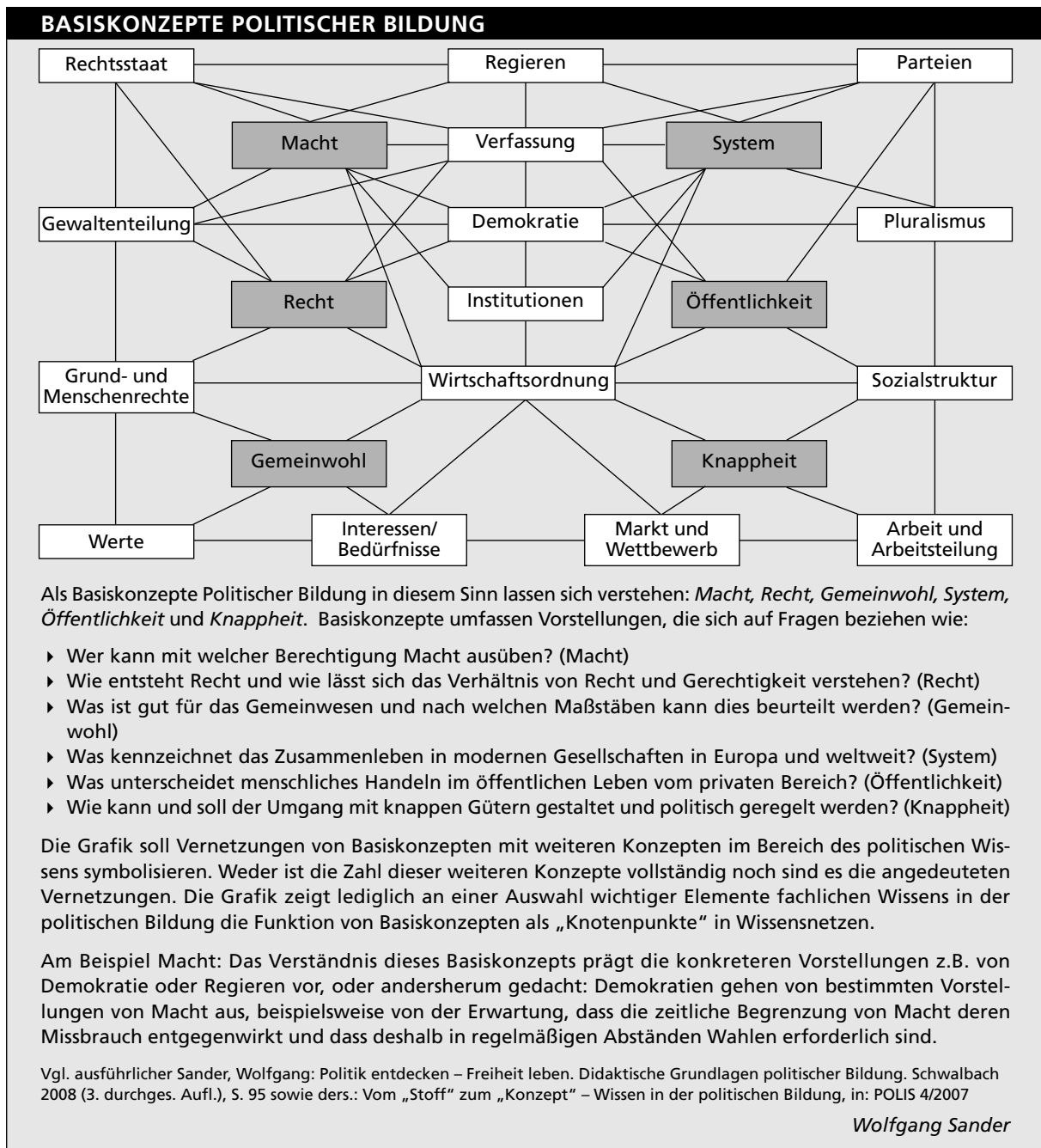
Demokratie ist keine herrschaftsfreie Ordnung, aber die Ausübung von Herrschaft verläuft nicht nur von „oben nach unten“, sondern auch gewissermaßen „gestreut“, denn alle Bürgerinnen und Bürger sind einerseits Objekt von Herrschaft (müssen sich z.B. an Gesetze halten, die sie nicht gemacht haben), haben aber andererseits die Möglichkeit, politisch zu partizipieren und damit an der Ausübung von Herrschaft teilzuhaben.

Basiskonzepte als „Kern“ des Wissens in der politischen Bildung

Mit Basiskonzepten wird versucht, jene grundlegenden Vorstellungsbereiche zu identifizieren, die für das Wissen in einem Fachgebiet prägend und strukturbildend sind. Basiskonzepte politischer Bildung definieren somit in abstrakter Form, um welche Vorstellungen es inhaltlich letzten Endes geht, wenn von *politischem* Wissen die Rede ist.

Was heißt „Wissen“? Wie in allen anderen schulischen Fachgebieten soll in der politischen Bildung Wissen vermittelt werden. Was aber „Wissen“ genau heißt und *welches* Wissen aus der riesigen, von keinem Individuum zu überblickenden Menge an Wissensmöglichkeiten für ein schulisches Fachgebiet wirklich bedeutsam ist, ist eine keineswegs leicht zu beantwortende Frage. Erschwerend kommt hinzu, dass in allzu vielen Fällen in der schulischen Praxis ein Wissen vermittelt wird, das die Psychologie als „träges Wissen“ bezeichnet: Es hat seine Bedeutung für die Schülerinnen und Schüler lediglich innerhalb der Schule selbst, insbesondere für Prüfungen und Noten, aber es wird nicht verwendet für das

„Träges Wissen“



eigene Weltverständnis außerhalb der Schule und auch nicht für die Lösung von außerschulischen Problemen oder die Bewältigung von Handlungsanforderungen. Eine problematische Folge davon ist, dass vielfach das eigene, schon vor der Schulzeit ausgebildete oder in anderen sozialen Feldern neben der Schule erworbene Verständnis von bestimmten Gegenstandsbereichen beibehalten wird – das in der Schule Gelernte rauscht gewissermaßen am eigenen Weltverstehen vorbei.

Die Dominanz solch trägen Wissens in der schulischen Praxis wird in der Schulpädagogik und den Fachdidaktiken seit Langem kritisiert. Mit der Kompetenzorientierung als neuer Leitperspektive für die Bestimmung schulischer Leistungen wird diese Kritik noch

verstärkt, aber auch produktiv gewendet: Kompetenzen verbinden Können und Wissen (und weitere Aspekte wie Motivation und Erfahrung).

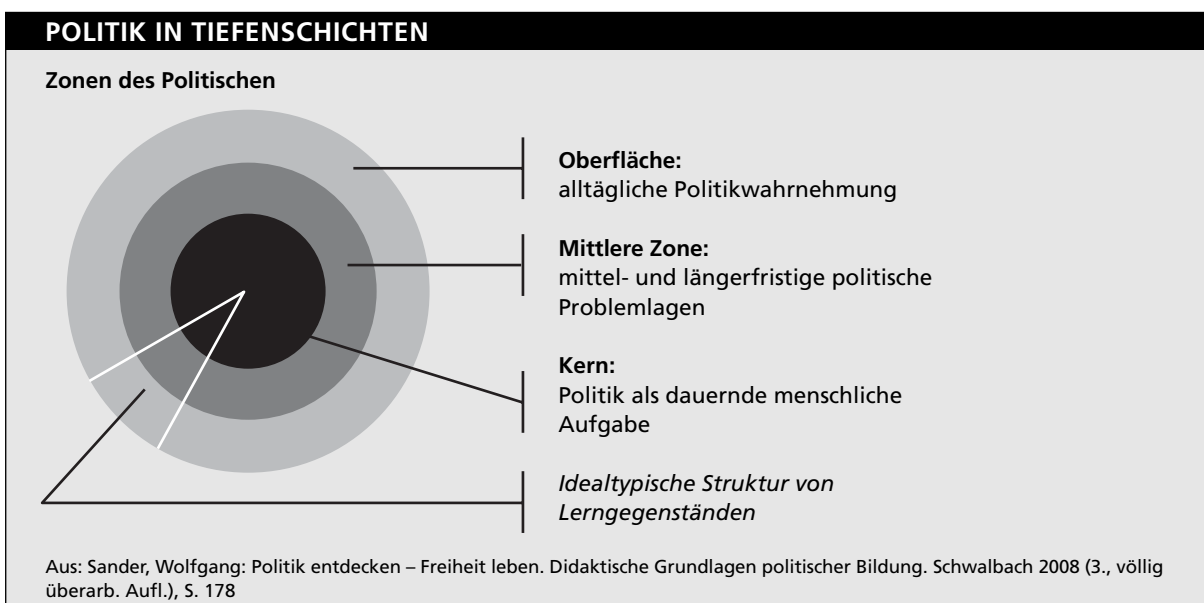
**Wissen Teil
des Politik-
verständ-
nisses**

Wissen in der politischen Bildung muss sich hiernach darin bewähren, dass es von den Schülerinnen und Schülern in ihr Politikverständnis integriert und für politisches Urteilen und gegebenenfalls auch für politisches Handeln verwendet wird: „Politische Bildung will somit in erster Linie jenes Wissen verbessern, von dem aus Schülerinnen und Schüler ihre Vorstellungen und Wahrnehmungen von Politik /.../ strukturieren.“¹²

**„Sachkom-
petenz“ miss-
verständliche
Beziehung**

Im österreichischen Kompetenzmodell wird dieses Wissen etwas unglücklich, weil missverständlich, als „Sachkompetenz“ bezeichnet. Missverständlich ist dies insofern, als damit im Grunde nicht ein weiterer Kompetenzbereich *neben* Urteils-, Handlungs- und Methodenkompetenz gemeint ist, sondern jenes Wissen, auf das diese Kompetenzbereiche sich beziehen sollen¹³: „Kern der Sachkompetenz ist das Verfügungkönnen über die Begrifflichkeiten und Konzepte, die als Knotenpunkte im Netzwerk der fachlich-politischen Kommunikation fungieren und dieses strukturieren.“¹⁴

Die Grafik „Basiskonzepte politischer Bildung“ veranschaulicht die Funktion von Basiskonzepten als „Knotenpunkte“ in politischen Wissensnetzen.¹⁵ Sie nimmt eine Reihe von Vorschlägen verschiedener Autorinnen und Autoren in der Didaktik der politischen Bildung für Basiskonzepte auf, ergänzt sie und setzt sie in der grafischen Form dieses Netzwerks miteinander in Beziehung. Als Basiskonzepte sind die Begriffe in der grau unterlegten Feldern zu verstehen.



Dieses Modell symbolisiert unterschiedliche Aktualitäts- und Abstraktionsgrade von Politik. „Oberfläche“ meint den Bereich der Routinen und Sensationen alltäglicher Politik, die sich in den Headlines der Medien zeigen und von denen der größte Teil nur von kurzlebiger politischer Relevanz ist. Manche dieser aktuellen Themen und Kontroversen sind allerdings auch Ausdruck längerfristig bedeutsamer politischer Probleme (mittlere Zone); beispielsweise kann eine aktuelle Kontroverse um die Altersversorgung Ausdruck von Interessensgegensätzen sein, die sich aus der langfristigen Bevölkerungsentwicklung ergeben und die sich auf mittlere Sicht immer wieder an neuen Themen zeigen werden. Wenn an dieser Stelle über „Generationengerechtigkeit“ gesprochen und weiters gefragt wird, was generell nach welchen Kriterien in der Politik als „gerecht“ gelten kann, wird der Kernbereich erreicht, bei dem es um grundsätzliche Fragen und Probleme des gesellschaftlichen Zusammenlebens und deren politische Bewältigung geht. In diesem Fall ginge es um das Basiskonzept „Gemeinwohl“, dem sich Vorstellungen zu Gerechtigkeit zuordnen lassen, weil Gerechtigkeit als ein Maßstab dafür gelten kann, was einer Gesellschaft zuträglich, was gut für sie ist. Selbstverständlich gibt es dabei keine „richtige“ Lösung, weil unterschiedliche begründbare Vorstellungen von Gerechtigkeit wie von Gemeinwohl möglich sind.

Das Basiskonzept Macht im Unterricht

Basiskonzepte sind keine Themenfelder. Es geht in der politischen Bildung daher nicht darum, Basiskonzepte als „Stoff“ zu behandeln und als je eigene thematische Schwerpunkte ausführlich zu bearbeiten, wenngleich es im Einzelfall durchaus möglich ist, sich auch einmal explizit mit dem einen oder anderen Basiskonzept zu befassen. Aber im Wesentlichen bedeutet die Orientierung an Basiskonzepten für die Praxis der politischen Bildung, dass es im Bereich des Wissens vorrangig darum geht, die Vorstellungen der Schülerinnen und Schüler zu Basiskonzepten an einer Vielzahl von Gegenständen und an immer neuen Beispielen zu differenzieren und im Sinn einer Komplexitätssteigerung weiterzuentwickeln. Bezogen auf „Macht“ bedeutet dies daher, die Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen darüber, was Macht ist, wie politische Macht entsteht, wer sie aus welchen Gründen mit Legitimität ausüben darf, wie Machtausübung und Machtverteilung in einer Demokratie strukturiert sind und Ähnliches mehr, so entwickeln zu helfen, dass sie zur Grundlage rationaler, gut begründeter Urteile zur praktischen Politik werden können. Da Herrschaft ein Spezialfall von Macht ist, sind Vorstellungen zu Herrschaft hierbei eingeschlossen.

**Grundlage
differen-
zierter
Themenwahl**

Basiskonzepte sind somit keine Themen, dienen aber als Relevanzfilter bei der Konstruktion von Themen und der inhaltlichen Planung von Unterrichtsvorhaben. Themen politischer Bildung sollten idealerweise so konstruiert sein, dass sie in exemplarischer Form Zugänge zu Politik auf verschiedenen Abstraktionsstufen bzw. Tiefenschichten oder Zonen ermöglichen (siehe Grafik „Politik in Tiefenschichten“ idB).

**Basiskon-
zepte als
Relevanzfilter**

Basiskonzepte gehören zum „Kern“ in diesem Modell. Ein Beispiel: Am 5. April 2009 forderte der amerikanische Präsident Obama in einer Rede in Prag (siehe Kasten dazu in der Online-Version) die Abschaffung aller Atomwaffen und kündigte entsprechende Abrüstungsschritte an. Diese Forderung könnte zum Thema eines Lernvorhabens werden – „Eine Welt ohne Atomwaffen?“ –, in dem sich diese drei Zonen des Politischen in folgenden Aspekten abbilden:

- ▶ *Oberfläche*: Die Forderung Obamas; Einschätzungen der Schülerinnen und Schüler zu dieser Forderung (Sammlung, aber Diskussion erst am Ende des Lernvorhabens und im Licht des dabei Erarbeiteten); Lektüre der Rede; erste entsprechende Initiativen im Dialog mit Russland.
- ▶ *Mittlere Zone*: Friedenspolitik im Atomzeitalter: Entwicklung und Wirkung von Atomwaffen; weltweite Verbreitung und Atomwaffensperrvertrag; atomare Abschreckung im Kalten Krieg; aktuelle Konfliktfelder (Nordkorea, Iran, Pakistan; Risiko der Weitergabe an terroristische Organisationen; Bedeutung der atomaren Abschreckung für Israel); kontroverse Beurteilungen der Forderung nach Abschaffung aller Atomwaffen und der friedenspolitischen Chancen und Risiken dieser Forderung in Politikwissenschaft und Publizistik; Macht und Ohnmacht von *Global Governance* in der Friedenspolitik.
- ▶ *Kern, unter dem Aspekt des Basiskonzepts Macht*: machtpolitische Wirkung von Drohpotenzialen; Machtbalance als Aspekt von Friedenssicherung; Bedeutung von Prestige für Groß- und Hegemonialmächte; pessimistische und optimistische Menschenbilder mit Blick auf die Notwendigkeit oder Verzichtbarkeit atomarer Abschreckung.

**An der
politischen
Oberfläche**

**In der
mittleren
Zone der
Politik**

**Der politi-
sche Kern-
bereich**

Ein solches Vorhaben lässt sich, je nach Komplexität der Ausarbeitung, nach den geltenden Lehrplänen der 12. Schulstufe der AHS oder der 8. Schulstufe in Hauptschule und AHS-Unterstufe zuordnen. Die Lehrpläne bieten zahlreiche weitere Anknüpfungspunkte für eine Thematisierung des Basiskonzepts Macht, wie die Beiträge in diesem Heft zeigen. Als eine gewisse Schwierigkeit stellt sich hierbei jedoch die chronologische Ordnung der Gegenstandsbereiche im Fach Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung dar, denn diese erschwert es, Basiskonzepte politischer Bildung über mehrere Schuljahre

**Aktuelle
Bezüge
erleichtern
Vermittlung**

hinweg an verschiedenen Themen mit unterschiedlicher Komplexität zu erarbeiten. Zwar ist es im Prinzip auch an historischen Beispielen möglich, Grundfragen von Macht und Herrschaft zu thematisieren. So nennen die Lehrpläne für die 6. Schulstufe in Hauptschule und AHS als einen Themenbereich „Entwicklung verschiedener politischer Herrschaftsformen unter besonderer Berücksichtigung von verschiedenen Modellen politischer Mitbestimmung (athenische Demokratie, römische Republik, städtische Autonomie, Ständeversammlung im Mittelalter)“. Wenn sich der Unterricht hierbei aber tatsächlich von den konkreten historischen Situationen lösen und im epochenübergreifenden Vergleich Formen und Bedingungen von Herrschaft thematisieren soll, dürfte dies für Kinder dieser Altersstufe eine sehr hohe Anforderung darstellen. Naheliegender wäre es, in diesem Alter Zugänge zu Basiskonzepten politischer Bildung an erfahrungsnäheren, aktuellen Gegenständen zu suchen und anspruchsvolle historische Längsschnittstudien für höhere Klassen vorzusehen. Insofern legt die Orientierung an Basiskonzepten auch eine kritische Überprüfung traditioneller Themenordnungen nahe.

Wolfgang Sander, Prof. Dr.

Studium des Lehramts an Haupt- und Realschulen, langjährige pädagogische Erfahrungen in schulischen und außerschulischen Praxisfeldern. Chefredakteur der Zeitschrift „kursiv – Journal für politische Bildung“, Tätigkeiten auf politikdidaktischen Professuren in Passau, Jena und Gießen, seit Oktober 2008 Professor für Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Wien.

- 1 Rohe, Karl: Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Stuttgart 1994 (2., völlig überarb. Aufl.), S. 82
- 2 Hanke, Peter: Macht und Herrschaft, in: Holtmann, Everhard (Hrsg.): Politiklexikon. München 2000 (3., völlig überarb. u. erweitert. Aufl.), S. 364. – Tatsächlich wird in den deutschen Bildungsstandards für das Fach Physik „Energie“ als ein Basiskonzept für das Fach verwendet.
- 3 Bevc, Tobias: Politische Theorie. Bonn 2007 (Lizenzausgabe), S. 72
- 4 Imbusch, Peter: Macht und Herrschaft, in: Korte, Hermann/Schäfers, Bernhard (Hrsg.): Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Opladen 2002, S. 162
- 5 Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1976, S. 28 f.
- 6 Gehlen, Arnold: Das Worttabu „Macht“ (1964), zit. nach Münkler, Herfried (Hrsg.): Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Ein Lesebuch. München 1997, S. 279
- 7 Sutor, Bernhard: Politische Bildung als Praxis. Grundzüge eines didaktischen Konzepts. Schwalbach 1992, S. 20
- 8 Kurz gefasste, vergleichende Darstellungen zu Aristoteles, Machiavelli und Foucault finden sich bei Bevc, Theorie
- 9 Weber, Wirtschaft, S. 28
- 10 Imbusch, Macht, S. 172
- 11 Hanke, Macht, S. 366
- 12 Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE): Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung. Ein Entwurf. Schwalbach 2004, S. 14
- 13 Deshalb erscheint die grafische Darstellung dieses Kompetenzmodells bei Kühberger (Kühberger, Christoph: Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. Innsbruck 2009, S. 120) auch treffender als die Grafik im Kompetenzmodell von 2008 selbst. Kühberger zeichnet die Sachkompetenz nicht wie bei Krammer et al. als einen von vier sich überschneidenden Kreisen neben Urteils-, Handlungs- und Methodenkompetenz, sondern als gemeinsame Basis unter diese drei Kompetenzbereiche. Freilich bleibt das Problem der missverständlichen Bezeichnung; es ließe sich wohl am besten dadurch lösen, dass man diesen Bereich statt als „Sachkompetenz“ als „Konzeptuelles Wissen“ bezeichnen würde.
- 14 Krammer, Reinhard et al.: Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Ein Kompetenzstrukturmodell. Wien 2008. S. 9
- 15 Vgl. dazu ausführlicher Sander, Wolfgang: Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung. Schwalbach 2008 (3., völlig überarb. Aufl.), S. 95 ff.



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

- ▶ Kasten: Auszüge aus der Rede Barack Obamas in Prag vom 5. April 2009
- ▶ Artikel: Kühberger, Christoph: Basiskonzepte der Politischen Bildung positionieren, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Kompetenzorientierte Politische Bildung (= Informationen zur Politischen Bildung 29). Innsbruck–Bozen–Wien 2008